

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

9/XXII/216

Bad Godesberg, den 10. November 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	<u>Im Dienste der deutschen Demokratie</u> Von den Gebietskonferenzen zur großen Arbeitstagung der SPD in Bad Godesberg	61
2a	<u>Wegweisende Beschlüsse</u> Von Professor Dr. E. Schollenberg, Vorsitzender des Ausschusses für Sozialpolitik	48
3 - 4	<u>Deutsche und Polen</u> Die deutsche Teilung kann nicht im Interesse Polens liegen Von Dr. Heinz Kreuzmann, MdB	65
5	<u>Peter Baunau</u> Zu seinem 65. Geburtstag am 12. November 1967	41
5	Ehrung für Dr. Basil Kachigopoulos	

* * *

Im Dienst der deutschen Demokratie

Von den Gebietskonferenzen zur großen
Arbeitstagung der SPD in Bad Godesberg

sp - In den vergangenen Wochen hat die Sozialdemokratische Partei Deutschlands überall im Bundesgebiet Konferenzen durchgeführt, auf denen die sozialdemokratischen Minister, Staatssekretäre und Parlamentarier in einer offenen Diskussion mit den Vertrauensleuten der Partei die Situation nach der Bildung der Regierung der Großen Koalition erörterten. Etwa 40 Konferenzen dieser Art mit ca. 15.000 Teilnehmern haben erneut gezeigt, wie lebendig das demokratische Bewußtsein in der SPD ist. In den seltensten Fällen haben weniger als 15 Diskussionsredner gesprochen; übereinstimmend ist die Feststellung, daß die meisten Diskussionsbeiträge von großer Sachkenntnis zeugten und das Merkmal der schon traditionell gewordenen sozialdemokratischen Sachlichkeit trugen.

Verlauf und Ergebnis der Konferenzen zeigen, daß sich die Mitgliedschaft der Partei ihrer Verantwortung für die Politik der großen sozialdemokratischen Gemeinschaft bewußt ist. Eine erste Übersicht der im Vordergrund stehenden Diskussionsthemen ergibt, daß besonders die Innenpolitik und hier die Sozial- und Wirtschaftspolitik die Gemüter bewegt. Wenn hier und dort, meist durch unrichtige Informationen von nicht sozialdemokratischer Seite ausgelöst, Kritik und Bedenken an dieser oder jener Maßnahme laut wurden, dann ergab sich nach der korrekten Information am Schluß der Konferenzen die Einsicht, daß man von einer Koalitionsregierung eben nicht eine ausschließlich sozialdemokratische Politik erwarten kann.

Natürlich wurden auch Forderungen erhoben und teilweise mit Nachdruck vertreten. So etwa die Forderung, daß die sozialdemokratischen Minister und Staatssekretäre in der Bundesregierung und mit ihnen die Partei stärker als bisher die sozialdemokratischen Leistungen in den vergangenen Monaten nach dem Zusammenbruch der früheren Koalitionsregierung, bestehend aus CDU/CSU und FDP, in der Öffentlichkeit darstellen müßten. Bemängelt wurde auch, daß die Partei in ihrer Gesamtheit zu wenig darauf hingewiesen habe, welches schreckliche Erbe liquidiert

werden muß, um die deutsche Wirtschaft wieder voll funktionsfähig zu machen.

Im Bereich der Deutschland- und Außenpolitik wurde auf allen Konferenzen das sichtbare Bemühen der neuen Bundesregierung und besonders des Außenministers Willy Brandt sowie des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen Herbert Wehner begrüßt, bei weiterer Festigung der Freundschaft zu den westlichen Nachbarn und Alliierten eine Politik der Entspannung gegenüber den östlichen Nachbarn einzuleiten.

Natürlich wurden auf den Konferenzen auch organisatorische Fragen aufgeworfen und Überlegungen angestellt, wie die Sozialdemokratische Partei in Zukunft mit noch größerer Wirksamkeit ihr Wollen in der deutschen und internationalen Öffentlichkeit darstellen könne.

Zusammenfassend darf gesagt werden, daß sich die Partei bewußt ist, welche gewaltige Aufgabe sie übernommen hat, als sie vor einem Jahr den Entschluß faßte, ihren konstruktiven Beitrag zur Überwindung einer tiefen innen- und außenpolitischen Krise der deutschen Politik durch Teilnahme an der Regierungsverantwortung zu leisten.

Die in der kommenden Woche in Bad Godesberg stattfindende große Arbeitskonferenz der sozialdemokratischen Funktionäre und Vertrauensleute wird daher in Fortsetzung der Gebietskonferenzen die dort geäußerten Meinungen und Vorschläge verarbeiten können. Es besteht kein Zweifel, daß diese große Konferenz keine Tabus kennen wird. Wie in den Gebietskonferenzen werden die etwa 800 Delegierten offen diskutieren und ihre Meinung mit Nachdruck vertreten.

Es ist der Wille des Parteivorstandes, daß in Vorbereitung des Parteitags im kommenden Frühjahr in Nürnberg, die Ergebnisse der Godesberger Konferenz in Form von Empfehlungen zusammengefaßt werden, damit sie in den Beschlüssen des höchsten Parlaments der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ihren Niederschlag finden.

Wegweisende Beschlüsse

Von Professor Dr. E. Schellenberg,

Vorsitzender des Ausschusses für Sozialpolitik

Der Ausschuß für Sozialpolitik hat zügig gearbeitet und am Donnerstag bis in die Abendstunden eine Reihe von wichtigen Vorentscheidungen zur mittelfristigen Finanzplanung getroffen:

Ende Februar wird den Rentnern der Rentenversicherung, der Unfallversicherung und auch der Knappschaftsversicherung eine erheblich erhöhte Rente rückwirkend ab 1. Januar ausgezahlt.

Der Ausschuß hat nämlich das 10. Anpassungsgesetz verabschiedet, das die bestehenden Renten in der Rentenversicherung um 8,1 Prozent und in der Unfallversicherung um 7,2 Prozent erhöht. Das bedeutet eine Erhöhung des Rentenaufwandes für 1968 um über 2,3 Milliarden DM. Damit hat sich jede einzelne Rente seit der Rentenreform in den letzten Jahren verdoppelt.

Gleichzeitig hat der Ausschuß für Sozialpolitik die Bundesregierung ermächtigt, in Auswirkung des Finanzänderungsgesetzes die Erhebung des Beitrages der Rentner zu ihrer Rentnerkrankenversicherung in Höhe von 2 Prozent vorzubereiten. Es wurde klargestellt, daß alle Rentner, die nicht selbst rentnerkrankenversichert sind, den Beitrag zur Rentnerkrankenversicherung zurück erstattet erhalten. Der Ausschuß hat ferner auf sozialdemokratische Initiative beschlossen, Kinderzuschüsse von Beiträgen zur Rentnerkrankenversicherung freizustellen.

Die Bundespost wird ihre Vorarbeiten für die Renten Anpassung sofort aufnehmen.

Der Ausschuß für Sozialpolitik hat ferner die Bundesregierung beauftragt, alle erforderlichen Maßnahmen für die neue Beitragsgestaltung und für die Ausdehnung der Versicherungspflicht zu treffen. Der Beitrag zur Rentenversicherung wird vom 1. Januar nächsten Jahres an von 14 auf 15 Prozent erhöht. Die niedrigste Beitragsmarke für die freiwillige Versicherung wird im Gegensatz zu früheren Mitteilungen 15.-- DM kosten.

Aus technischen Gründen können ab 1. Januar 1968 Marken der Vorjahre nicht mehr verkauft werden. Jedoch besteht auch in Zukunft die Möglichkeit, Beiträge für zwei Jahre rückwirkend zu entrichten.

Der Ausschuß hat die Bundesregierung außerdem beauftragt, die notwendigen Vorbereitungen für die Ausdehnung der Versicherungspflicht auf alle Angestellten zu treffen. Der Beschluß über die Aufhebung der Versicherungspflichtgrenze wurde vom Ausschuß mit 24 gegen 3 Stimmen gefaßt.

Der Ausschuß für Sozialpolitik hat schließlich auch Fragen der Mutterschaftshilfe behandelt. Der Gang der Beratungen läßt erkennen, daß eine Reihe von Vereinfachungen und Verbesserungen beschlossen werden können, die nicht zu einer Belastung des Bundeshaushalts führen werden. Das wird zu sinnvolleren Regelungen für die Mutterschaftshilfe führen, als sie im Regierungsentwurf vorgesehen sind.

Der Ausschuß wird seine Beratungen zwar zügig, aber auf jeden Fall mit der Gründlichkeit fortsetzen, wie es der Bedeutung der Materie entspricht. Er wird den Präsidenten des Deutschen Bundestages bitten, ihm - falls notwendig - zu gestatten, auch sonntags und sonntags zu tagen, damit das Finanzänderungsgesetz auf jeden Fall mit Wirkung vom 1. Januar 1968 in Kraft treten kann.

Deutsche und Polen

Die deutsche Teilung kann nicht im Interesse Polens liegen

Von Dr. Heinz Kreuzmann, MdB

Der stellvertretende Außenminister Polens Naszkowski hat kürzlich in einem Fernsehinterview erklärt, die "netten Worte" des Bundeskanzlers und des Bundesaußenministers würden Warschau "nicht beeinflussen". Es handle sich nur "um taktische Gesten" mit dem Ziel, "die DDR zu isolieren". Die "Offensive des Lächelns" solle nur den "Stachel des Revisionismus" verhüllen. Ein polnischer Rundfunkkommentator verstieg sich sogar zu der Feststellung, eine Wiedervereinigung durch "Einverleibung der DDR" in die Bundesrepublik würde doch nur dazu führen, daß "im Herzen des europäischen Kontinentes eine riesige deutsche Großmacht mit großer wirtschaftlicher, politischer und militärischer Dynamik entstehe. Dieses wiedervereinigte Deutschland werde dann Hegemonialmacht werden wollen, und das europäische Gleichgewicht würde dann - "wie schon 1871 und 1933 - umgestürzt werden". Solche Möglichkeiten würden allein schon durch die "Existenz der DDR" durchkreuzt, die deshalb als ein positiver Faktor zu werten sei. In diesem Sinne stelle das Entstehen der DDR einen "Wendepunkt in der Geschichte Deutschlands" dar.

Es mag verständlich sein, wenn, nach den furchtbaren Verbrechen des Nationalsozialismus am polnischen Volk während des zweiten Weltkrieges, in einem Rundfunkkommentar derartige Äußerungen fallen. Schließlich hat Hitler weite Kreise der polnischen Intelligenz ausgerottet, ohne dabei auf nennenswerten Widerstand in der deutschen Öffentlichkeit zu stoßen. Außerdem hat er offen sein Ziel, das polnische Volk auf die Stufe eines Primitivvolkes herabzudrücken, proklamiert. Aber hat nicht das polnische Volk in seiner eigenen Geschichte Erfahrung damit gemacht, welcher Verbrechen ein diktatorisches Regime fähig ist, ohne sich dabei um die Belastungen zu kümmern, die es damit dem eigenen Volk auflädt?

Was sich im "Generalgouvernement" unsoligen Angedenkens abspielte, war nicht Politik der Deutschen schlechthin, sondern die des in einem krankhaften Slawenhaß aufgewachsenen Diktators. Selbst die mit allen

Mitteln moderner Massenbeeinflussung gezüchteten Antipolenressentiments der NS-Zeit haben in Deutschland niemals jenes Klime des Hasses von Volk zu Volk hervorrufen können, wie es z.B. bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges gegen England hochgeputscht worden war.

Im Gegenteil, in weiten Kreisen der deutschen Intelligenz hat sich von den 40-er Jahren des vergangenen Jahrhunderts bis in unsere Zeit hinein, eine geradezu schwärmerische Vorliebe für das freiheitsliebende polnische Volk erhalten, die von einem stark romantischen Hauch der Bewunderung für Helden vom Schlage eines Kosziusko oder Komponisten wie Chopin umgeben ist. Noch immer haben polnische Künstler und polnische Schriftsteller in Deutschland das meiste Verständnis und auch den besten Absatz für ihre Werke gefunden, viel mehr als in dem von den Polen so sehr vergötterten Frankreich.

Polen hat also trotz der bitteren Erfahrungen der Nazizeit durchaus Grund, auch an das Vorhandensein anderer Kräfte in Deutschland zu glauben, als es jene waren, die ihm im zweiten Weltkrieg zum Alptraum geworden sind. Sie zu stärken, erscheint als das wahre Interesse der polnischen Politik. Gerade das polnische Volk hat eine über lange Zeit währende Epoche der nationalen Teilung in seiner Geschichte durchgemacht. Es weiß aus dieser Erfahrung, welche Kräfte die Unterdrückung des Zusammengehörigkeitsgefühls eines Volkes freisetzen können. Es weiß auch darum, daß man diesen Willen auf die Dauer nicht einfach mit Waffengewalt niederhalten kann. Es weiß vor allem, daß solche Teilungen keine Stabilisierung oder die Festigung eines Gleichgewichtes bedeuten, sondern Herde der Unruhe, der Spannungen sind.

Warum stößt man die ausgestreckte Hand so brüsk von sich, warum läßt man dem Gefühl den Vorrang vor der Vernunft? Was soll das Gerede von einer Gleichgewichtspolitik nach den Vorstellungen des 19. Jahrhunderts, der Zeiten der Postkutsche und der ersten Eisenbahn? In unserem Zeitalter geht es nicht um eine Auspendelung der Gewichte in Europa, sondern um eine Zusammenarbeit der europäischen Völker zum gemeinsamen Überleben. Sollte man nicht für diesen Preis von Warschau her, gerade im Interesse des schwergeprüften polnischen Volkes, zumindest den guten Willen der deutschen Politik testen, ehe man die ausgestreckte Hand mit Verdächtigungen von sich stößt? + + +

Peter Raunau

Zu seinem 65. Geburtstag am 12. November 1967

sp - Groß ist die Schar seiner Freunde. Unter den alten "Bonner Hasen", die von der Stunde Null an Beobachter des politischen Getriebes in der provisorischen Bundeshauptstadt waren und es kommentierten, hat sein Name einen guten Klang. Sie werden, wie viele andere auch mit Überraschung zur Kenntnis nehmen: Peter Raunau, Chefredakteur der Hannoverschen Presse wird am 12. November 65 Jahre alt. Man sieht ihm die Jahre nicht an, nur der Kalender vermerkt sie.

Peter Raunau gehört zu den Mitbegründern des nach dem Zusammenbruch wiedererstandenen Sozialdemokratischen Pressedienstes. 10 Jahre lang, von 1946 bis 1956, war er Chefredakteur dieses Dienstes, von Schumacher berufen und von ihm hoch geschätzt. Peter Raunaus Kommentare füllen viele Bände. Sie spiegeln, aus kritischer Sicht gesehen, das Geschehen jener wechselvollen Jahre, die im Zeichen leidenschaftlich geführter Auseinandersetzungen standen und das Verhältnis zwischen den beiden großen Parteien, der SPD und der CDU zur unversöhnlichen Gegnerschaft zu erstarren drohten. Damals schien der Gedanke, die beiden Größen würden sich eines Tages um der Festigung der Bundesrepublik willen zusammenfinden, kaum vorstellbar. Im Innersten bejahte Peter Raunau, auch wenn es hart auf hart ging, die Möglichkeit einer durch die Umstände gezwungenen Großen Koalition; sie findet heute in ihm einen ihrer stärksten Verteidiger.

Peter Raunau kam schon frühzeitig zum Journalismus. Eine Zeit lang war er Parlamentsstenograph im alten Deutschen Reichstag. Als Berichtserstatter führender Zeitungen hielt er rege Fühlungnahme mit bedeutenden Männern jener Zeit. Seine demokratische Überzeugung und seine enge Verbindung mit Widerstandsgruppen im Dritten Reich brachte ihm die Verfolgung durch die braunen Machthaber ein. Auch er gehörte zu den Verhafteten des 20. Juli und auch er lernte die Schrecken der Berliner Albrechtstraße, Sitz der allmächtigen Gestapo, kennen. Er sprach nie darüber, erst durch überlebende Mithäftlinge erfuhren seine Freunde von diesem unerfreulichsten Abschnitt seines Lebens. Er bestimmte seinen späteren Lebensweg. Peter Raunau wurde Sozialdemokrat und machte es sich zur Maxime, das Seinige zu tun, damit sich die Schrecken der Vergangenheit nicht wiederholen. Seine Tätigkeit als langjähriger Chefredakteur des SPD-Pressedienstes und als Chefredakteur bei der Hannoverschen Presse offenbarte ihn als einen lauterer Demokraten, der auch bei aller persönlichen Liebesswürdigkeit und Achtung der Toleranz eine spitze Feder zu führen weiß. - Möge dem 65-Jährigen noch ein langes Wirken beschieden sein. Er hat immer noch viel zu sagen. Der langen Reihe der Gratulanten schließt sich der SPD-Pressedienst an, dem Peter Raunau soviel gegeben hat.

+ + +

Ehrung für Dr. Basil Mathiopoulos

sp - Die Athener Militärjunta hat unseren langjährigen Mitarbeiter Dr. Basil Mathiopoulos ausgebürgert. Diese Maßnahme ist eine Ehrung für einen Mann, der seit vielen Jahren in der Bundesrepublik Deutschland durch seine journalistische Tätigkeit um Verständnis für ein modernes, demokratisches Griechenland wirbt. Wem Diktatoren die Staatsbürgerschaft aberkennen, darf eine solche Maßnahme als Ehrung betrachten. Sie ist die Anerkennung für unbeugsame demokratische Gesinnung.

+ + +